



Als Kunst getarnte Menschenjagd

Ist gegen rechte Politiker alles erlaubt?

von Anian Liebrand, Redaktion «Schweizerzeit»

In Deutschland läuft gegen den AfD-Politiker Björn Höcke eine Hetzkampagne, deren menschenverachtender Charakter seines Gleichen sucht: Linksextremisten nisteten sich in Höckes Nachbarschaft ein und haben ihn und seine Familie über Monate beschattet. An vorderster Front mit dabei: Ein alt bekannter «Künstler» aus der Schweiz.

Er ist der wohl polarisierendste Politiker im deutschsprachigen Raum der Gegenwart: Björn Höcke, Vorsitzender der Alternative für Deutschland (AfD) in Thüringen und Landtagsabgeordneter. Vor Antritt seiner Politikerlaufbahn 2013 war er gut dotierter [Oberstudienrat](#) mit angesehener Stellung in Hessen. Mit pointierten Stellungnahmen und visionärem Durchblick rüttelt er an angestaubten Tabus und wirbelt das schläfrige Polit-Deutschland gehörig durcheinander.

Ein etwas anderer Politiker

Höcke plädiert für eine «erinnerungspolitische Wende um 180 Grad» und fordert ein familienfreundlicheres Deutschland sowie ein Ende der Merkel'schen Willkommenskultur. Jugendlich-sportliches Auftreten, gepflegte Erscheinung, gelebte Unbestechlichkeit, entschlossenes Handeln – dafür wird Höcke von einer wachsenden Fan-Gemeinde bewundert. So einen Politiker haben sie lange Zeit vermisst.

Björn Höcke vertritt – zumindest für Deutschland – in der Tat einen neuen Politiker-Typus. Persönliches Machtstreben liegt ihm fremd, vielmehr orientiert er sich an den grossen Linien. Lieber philosophiert er als zu taktieren – allerdings ohne sich dabei in Details zu verlieren. Entschieden warnt er seine AfD davor, zu früh mit anderen Parteien zu koalieren und damit eigene Positionen zu verraten.

Um glaubhaft zu bleiben und die Wähler nicht zu enttäuschen, dürfe die AfD nicht Teil des Establishments werden. Er sieht seine Partei in einer historischen Verpflichtung – als «letzte evolutionäre Chance für das Vaterland».

Erfolgreich wie umstritten

Die Art Höckes, zu politisieren, scheint beim Volk anzukommen. Während des Höhepunkts der deutschen Asylkrise – im Herbst 2015 – kamen Tausende zu seinen Demonstrationen auf dem ehrwürdigen Domplatz in der thüringischen Landeshauptstadt Erfurt. Bei den Bundestagswahlen im September 2017 erreichte Höckes AfD in Thüringen einen Wähleranteil von knapp 23 Prozent. Jüngste Wahlprognosen sehen die AfD in Thüringen auch auf Landesebene bei über 20 Prozent (im Vergleich zu 10,6 Prozent bei den Landtagswahlen 2014). In Höckes Wohngemeinde wählen gegen 40 Prozent die AfD.

So erfolgreich Höcke mit seinem Kurs in seiner thüringischen Heimat auch zu sein scheint, so umstritten ist er auf nationaler Ebene – teils auch in der eigenen Partei. Er verspiele mit seinem Rechtskurs den Zugang zu neuen Wählern, monieren AfD-Vertreter, die sich als «liberal-gemässigt» sehen. Die medienwirksam abgetretene AfD-Vorsitzende Frauke Petry, welche ihre Partei im Gegensatz zu Höcke möglichst schnell auf Regierungsbereitschaft trimmen wollte, strebte gar ein Parteiausschlussverfahren an, das aber zu versanden droht.

Lieblings-Feindbild

Höcke ist das Lieblings-Feindbild der Linken aller Parteien. Seine zahlreichen Gegner hassen ihn bis auf den Tod. Vor ihm, dem vermeintlichen «Rechtsradikalen», der es wagt, 70 Jahre nach Ende des 2. Weltkriegs wieder an deutschen Nationalstolz zu appellieren, müsse vehement gewarnt werden. Ihn, die «Reinkarnation des Bösen», einzuschüchtern und zum Schweigen zu bringen, gilt mittlerweile als zentraler Lebensinhalt hunderter und aberhunderter Berufsempörten und Anti-Rechts-Aktivisten in der ganzen BRD.

Monatelange Schnüffelei

Im November dann der Paukenschlag. Ein sich «Zentrum für Politische Schönheit» nennendes Künstlerkollektiv enthüllte: Man habe sich vor zehn Monaten im Nachbarhaus Höckes eingemietet, um den Politiker und dessen Familie – in reinsten Stasi-Manier – auf Schritt und Tritt zu observieren. Versteckte Kameras wurden montiert, Monitore installiert, Richtmikrofone kamen zum Einsatz.

Auf Höckes Grundstück wurden sogar Papier-Mülltonnen entwendet. Nur, um vertraulichste Informationen des Privatmanns Björn Höcke erschnüffeln zu können. Von den Familienmitgliedern wurden Bewegungsprofile erstellt, private Aufnahmen wurden bereits im Internet veröffentlicht.

Gestörte Privatsphäre

Gegen Höcke, der sich in Erfurts Strassen schon heute bloss mit Polizeischutz fortbewegen kann, scheinen alle Mittel erlaubt zu sein. Seine Gegner scheuen auch vor rücksichtslosen Eingriffen in die menschliche Privatsphäre nicht zurück. Ein Tabu war gebrochen: Einen missliebigen Politiker und dessen Familie aus politischen Gründen monatelang auszuspionieren – ein denkbar harter Schlag, der keinen der Betroffenen kalt lässt.

Erpresser-Kampagne

Es zeigte sich bald: Das «Zentrum für politische Schönheit» hatte eine professionell organisierte Anti-Höcke-Kampagne ausgeheckt, die mit immer neuen Aktionen am Laufen gehalten wird. So errichteten die Aktivisten innert weniger Stunden auf ihrem gemieteten Grundstück 24 Betonstelen – als symbolische Nachbildung des berühmten Holocaust-Denkmal in Berlin.

Es sei Höckes «persönliches Denkmal», gebaut zwecks politischer Erpressung. Erst wenn er sich vor diesem Denkmal «als geläuterter Mann» verbeuge, werde das über ihn in monatelanger Stasi-Überwachung gesammelte Material vernichtet. Ansonsten, so drohen sie, werde man «auspacken». Das Ziel: Björn Höckes politische Karriere zu ruinieren.

Die «Dresdner Rede»

Man fragt sich hierzulande verwundert bis befremdet: Woher dieser grenzenlose, offenbar alles legitimierende Hass gegen Björn Höcke? Die Antworten sind zweifellos in den Thesen und im Wirken dieses Ausnahme-Politikers zu suchen. Diese sind keineswegs dumpf oder platt – sie bewegen sich auf intellektuell ansprechendem Niveau, wenngleich dem in Deutschland vorherrschenden Mainstream meist diametral widersprechend.

Die Erpresser beziehen sich bei ihrem «Denkmal-Protest» auf Aussagen Höckes, die er im Januar 2017 im Rahmen seiner viel diskutierten «Dresdner Rede» gemacht hatte. In seiner Rede, deren transkribierter Redetext in ausgedruckter Form – wohlgemerkt bei kleiner Schriftgrösse – rund 20 DIN-A4-Seiten umfasst, sagte er diesen grosse Empörung auslösenden Satz:

«Wir Deutschen – und ich rede jetzt nicht von Euch Patrioten, die sich hier heute versammelt haben – wir Deutschen, also unser Volk, sind das einzige Volk der Welt, das sich ein Denkmal der Schande in das Herz seiner Hauptstadt gepflanzt hat.»

Seine Gegner liefen Sturm, nannten die Rede «demagogisch» und «rechtsradikal geprägt».

Mediale Verkürzung

Höcke selber entgegnete, er habe natürlich gemeint, dass sich das genannte Denkmal auf schändliche Taten im 2. Weltkrieg beziehe. Eine grosse Presseagentur habe den Satz verkürzt und aus dem Zusammenhang gerissen verbreitet, was darauf praktisch von der ganzen Medienwelt ungefragt übernommen worden sei. [In diesem Video](#) erklärt Höcke ausführlich, wie er seine Aussagen wirklich verstanden haben will.

Auch wenn – nüchtern betrachtet – für viele ziemlich offensichtlich ist, dass der links-mediale Mainstream Björn Höcke auf durchsichtige Weise und mit unlauteeren Mitteln zum Nazi stempeln wollte, kann man den Politiker selbstverständlich auch kritisch hinterfragen. Damit sich jeder Leser und jede Leserin selbst ein Bild machen kann: [Hier](#) kann die Video-Aufzeichnung angeschaut werden und [hier](#) finden Sie den Redetext im Wortlaut.

Die Nazikeule

«Gegen Nazis ist alles erlaubt» – mit dieser schroffen Parole rechtfertigen Linke ihre illegalen Aktionen gerne, um die Gunst der Öffentlichkeit zu erheischen. Und dies ist der springende Punkt: Sind auch grösste Verletzungen der Privatsphäre, die Verneinung des Rechts auf ein Privatleben, ja der umfassende Verstoss gegen die persönliche Integrität eines Menschen zu tolerieren, wenn die veröffentlichte Meinung einmal einen unbequemen Politiker – weshalb auch immer – als «Nazi» gebrandmarkt hat?

Spätestens jetzt muss jeder anständige Demokrat aufstehen: Die zutiefst menschenunwürdige Hass-Kampagne des sogenannten «Zentrums für politische Schönheit» ist schärfstens zu verurteilen. Sie ist ein Fall für den Rechtsstaat, der laut Medienberichten auch bereits aktiv geworden ist. Erst recht, wenn die vorgeblichen «Künstler» nicht einmal vor der Unversehrtheit von Kindern Halt machen.

Wenn solche Methoden stolz als Kunst verkauft werden, sollte jeder künstlerisch tätige Mensch protestieren. Es fragt sich: Wer sind hier eigentlich die Faschisten?

Drahtzieher aus der Schweiz

Eine pikante, aber nicht unbedeutende Hintergrund-Information: Als «künstlerischer Leiter» des «Zentrums für politische Schönheit» fungiert ein Schweizer. [Philipp Ruch](#), auch dessen Gründer, ist ein Sohn Helvetias, auf dessen Wirken unser Land wohl gut und gerne verzichten könnte. Denn: Schon mehrfach ist Ruch, der es für besonders tiefsinnige Kunst halten mag, Andersdenkende zu beschatten und zu verleumden, auch in der Schweiz mit fragwürdigen Aktionen aufgefallen. Oder, besser gesagt: Er hat die Öffentlichkeit einfach nur genervt.

Breite Ablehnung

Mit der am Zürcher Neumarkt-Theater aufgeführten [Aktion «Schweiz Entköp-peln»](#) hatte er sich im Frühjahr 2016 auf «Weltwoche»-Chefredaktor Roger Köppel eingeschossen. Auf einer Webseite konnte man den SVP-Nationalrat Köppel «verfluchen» und ihm Dinge wie Ebola, die Maul- und Klauenseuche oder einen Autounfall an den Hals wünschen. Geplant war auch ein Marsch zu Köppels Wohnhaus und eine Nazi-Austreibungs-Zeremonie. Schon im Herbst 2015 schaltete Ruch im Strassenmagazin «Surprise» ein Inserat mit dem Titel: «Tötet Roger Köppel».

Diese primitive Schein-Kunst stiess auf breite Ablehnung. Gerade auch, weil sie als billige Kopien bereits stattgefunderer, aber doch «noch eher gehaltvollerer Aktionen» entlarvt wurden. Der Zürcher Regierungsrat [kürzte dem Neumarkt-Theater wegen «Schweiz entköpeln» gar die Subventionen](#).

Philipp Ruch, der die Privatsphäre des dreifachen Familienvaters Björn Höcke und dessen Familie mit Füßen tritt, ist übrigens selber Vater zweier Kinder – die er mitunter durch staatliche Kunst-Subventionen über die Runden bringt. Man fragt sich schon: Wie lange erhalten solche «Zünder» noch auf von Steuerzahlern berappten Institutionen eine Bühne?

Anian Liebrand